„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.
"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Eine farmerfeindliche Politik

„Der Fuchs ändert das Haar, sonst bleibt er, wie er war". Dieses alte deutsche Sprichwort kommt uns in den Sinn, wenn wir die Reden vergleichen, die der konservative Führer Bennett in Ost- und Westcanada hält. Während er im Osten ein sehr warmes Herz für die Großindustriellen, für die Fabrikanten usw., an den Tag legt, will er uns im Westen glauben machen, daß dieses nämliche Herz sehr warm für die Farmer und ihre Nöte schlage. Doch unter dem wechselnden Fuchspelz kommt

der unbedingte Anhänger eines hohen Schutzzolles —

in Interesse der ostcanadischen Fabrikanten und Kapitalisten — so deutlich zum Vorschein, daß man eigentlich nicht viele Worte darüber zu verlieren braucht. Doch es scheint notwendig zu sein, auf einen Teil seiner Rede in Regina etwas näher einzugehen.

Er wollte nämlich seinen sichtbaren und unsichtbaren Zuhörern klar machen, daß gewisse europäische Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien, welche ihre Landwirtschaft gegen die Einfuhr fremden Weizens zu schützen suchen, dafür bestraft werden sollten. Der konservative Führer möchte ihnen eine kräftige Lektion erteilen und die mit ihnen abgeschlossenen Handelsverträge kündigen, wenn er Premier von Canada würde. Herr Bennett hat sich dabei noch eine Ungenauigkeit zu Schulden kommen lassen; denn es besteht überhaupt kein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Canada.

Die Grundidee dieser Aeußerung ist, eine hohe Zollmauer um Canada herumzulegen, um die Einfuhr aus den europäischen Ländern unmöglich zu machen. Canada müßte sich mit einer solchen törichten Zollpolitik, wie sie von Bennett vertreten wird, ins eigene Fleisch schneiden.

Um dies richtig zu verstehen, muß man erstens über die Gründe Deutschlands, Frankreichs und Italiens für Ausschluß des ausländischen Weizens sich klar sein. Diese drei Länder suchen mit allen Mitteln ihre eigene einheimische Landwirtschaft gegen die übermächtige Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Deutschland, dem man durch das Friedensdiktat von Versailles wertvolle landwirtschaftliche Gebiete entrissen hat, dessen Landwirtschaft unter den Reparationslasten und dem dadurch bewirkten Steuerdruck fast zusammenbricht, ist zum Schutze seiner Landwirtschaft direkt gezwungen. Uebrigens richten sich die hohen deutschen, französischen und italienischen Weizenzölle nicht gegen Canada allein, sondern

gegen alle Weizenausfuhrländer der Welt.

Daß Canada dabei in Mitleidenschaft gezogen wird, ist von unserem Standpunkte aus zwar zu bedauern, läßt sich aber kaum ändern, am wenigsten durch Vergeltungsmaßnahmen, wie sie Bennett beabsichtigt. Der einzig denkbare und gangbare Weg wäre, Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien besondere Zoll- und Handelsvergünstigungen in Canada einzuräumen, sodaß sie ihre Industrieprodukte leichter in Canada absetzen können. Vielleicht könnte Canada durch solch ein Entgegenkommen sie dazu bewegen, auch größere Menge canadischen Weizens zu kaufen. Die von Bennett vorgeschlagene Handelspolitik des Hochschutzzolles müßte jedoch das gerade Gegenteil bewirken; denn Deutschland, Frankreich und Italien, die bisher auf dem canadischen Markt eine Unterbilanz zu verzeichnen hatten, würden wohl wenig oder gar keine Lust verspüren, diese Unterbilanz durch größere Weizenkäufe noch zu erhöhen. Folglich ist die Bennett'sche Handelspolitik in ihren letzten Auswirkungen **eine farmerfeindliche Politik,** während Finanzminister Dunning mit seinem berühmt gewordenen Budget gegenüber Großbritannien eine Politik eingeleitet hat, die Großbritannien dazu veranlassen sollte, mehr canadischen Weizen zu kaufen, damit es auch seine Industrieerzeugnisse in Canada umso leichter absetzen kann. Daraus ergibt sich, daß das Dunning-Budget von außerordentlich günstigen Wirkungen für die canadische Farmwirtschaft in Zukunft sein kann.

Um die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Italien einerseits und Canada anderseits in ihrer Bedeutung für Canada noch besser zu verstehen, muß man wissen, daß im Jahre 1928 nach den drei genannten Ländern canadische Produkte im Gesamtwerte von $82,732,000 ausgeführt wurden, während Canada aus den drei Ländern Waren im Werte von insgesamt $51,141,000 eingeführt hat. Canada hatte bei diesem Handel also einen Gewinn von über $31,000,000. Der Wert der canadischen Weizenausfuhr nach Deutschland, Frankreich und Italien belief sich im Jahre 1928 auf $37,897,000. Im Jahre 1929 betrug der Wert der canadischen Weizenausfuhr nach den nämlichen Ländern — trotz der höheren Weizenzölle — noch $27,543,000 von einem Gesamtausfuhrwert im Betrag von $61,931,000, während Deutschland, Frankreich und Italien uns Waren im Werte von $52,189,000 lieferten. Mithin hatten wir immer noch einen Ueberschuß von fast $10,000,000 zu verzeichnen.

Will Bennett gegen die drei genannten Länder nun **einen Zollkrieg beginnen?** Er könnte dadurch weder Deutschland noch Frankreich noch Italien zwingen, auch nur einen einzigen Buschel Weizen mehr zu kaufen. Im Gegenteil! Die ganz unausbleibliche Folge eines solchen vom Zaun gebrochenen Zollkrieges würde sein, daß Deutschland, Frankreich und Italien ihre Grenzen vollständig gegen den canadischen Weizen verschließen würden, auf den sie nicht unbedingt angewiesen sind. Das Interesse für den Handel mit Canada kann bei den drei Ländern nicht besonders groß sein, weil ihnen dieser Handel doch nur eine Unterbilanz, also einen Verlust auf ihrem Handelskonto eingebracht hat. Die Möglichkeit ist jedoch denkbar, daß Deutschland, Frankreich und Italien mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 140 Millionen Menschen sehr gute Kunden des canadischen Farmers werden könnten, wie sie es in der Vergangenheit tatsächlich waren. Ein Zollkrieg würde sie aber gewiß nicht dazu ermutigen, sondern den canadischen Weizenfarmer von den Märkten Deutschlands, Frankreichs und Italiens erst recht ausschließen.

Man kann die Bennett'sche Zoll- und Handelspolitik drehen und wenden wie man will, sie erweist sich in jedem Fall als ein **schwerer Schlag gegen die Farmer.** Sie kann aber auch die Arbeitslosigkeit nicht erleichtern oder beseitigen, weil sie das Rückgrat der canadischen Volkswirtschaft, die Farmwirtschaft, bricht und vernichtet. Hat der Farmer kein Geld, so hat der Arbeiter in den Städten keine Verdienstmöglichkeit. Ueberdies ist unser Nachbarstaat im Süden ein sprechendes Beispiel dafür, daß auch Länder mit hohen Schutzzöllen eine sehr hohe Arbeitslosenziffer haben können. Nach den letzten Berichten sollen in den Vereinigten Staaten mehr als 4 Millionen Menschen arbeits- und verdienstlos sein. Das „im Gold schwimmende Amerika" mit seiner hohen Zollmauer, die es noch weiter erhöhen will, sollte als ein abschreckendes Beispiel für Canada dienen.

Der einzige praktische Ausweg aus dem Dilemma der Gegenwart ist die handelspolitische Annäherung von den Vereinigten Staaten, und die Hinwendung zu jenen europäischen und asiatischen Ländern, die unseren Weizen brauchen, aber natürlich auch ihre Industrieprodukte an uns verkaufen wollen. Das Dunning-Budget ist der erste anerkennenswerte und bedeutsame Schritt in der angedeuteten Richtung. Verfolgt die liberale Partei diese vernünftige und wohlüberlegte Politik weiter, so wird sie dem Farmer wie dem Arbeiter und damit der ganzen canadischen Wirtschaft zu einem neuen Aufschwung verhelfen.

Die österreichische Anleihe

Eine Folge der österreichisch-italienischen Aussöhnung ist bekanntlich die, daß der Weg für eine Auslandsanleihe Oesterreichs frei gemacht wurde. Kürzlich weilte nun der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Reisch, in London. Wenn der Anlaß dazu auch die dort stattfindende österreichische Wirtschaftsausstellung war, so nahm Dr. Reisch doch die Gelegenheit wahr, mit amerikanischen, englischen und französischen Finanzleuten über die künftige Anleihe zu sprechen. Ueber die Bedingungen dürfte man sich im wesentlichen einig sein. Dagegen ist die Zeit der Auflegung noch unbestimmt. Wenn von einem nahe liegenden Termin gesprochen wird, so handelt es sich um Gerüchte, die wenig Wahrscheinlichkeit für sich haben. Vermutlich wird man zunächst die Geldmärkte für die deutsche Reparationsanleihe frei halten. Jedenfalls rechnet man damit, daß es nicht vor Juni zur Begebung kommen wird. Die bisher vorliegenden Zahlen der österreichischen Staatseinnahmen ergeben ein verhältnismäßig günstiges Bild. Es besteht also auch von dieser Seite her nicht die Notwendigkeit, die Aufnahme der Anleihe besonders zu beschleunigen.

Weltumschau

Die Youngplan-Anleihe. Ein großes Drama der internationalen Finanz kam zu einem Höhepunkte in einem Zimmer eines Pariser Hotels, als die Repräsentanten von Banken aus neun Nationen die endgültige Genehmigung zu der Youngplan-Reparationsanleihe in Höhe von $300,000,000 gaben. Der Zinsfuß der Anleihe beträgt 5½ Prozent und der Ausgabepreis wird überall 90 sein mit Ausnahme von Frankreich. Die französische Ausgabe wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit 98 verkauft werden, da für diese Bonds in Frankreich keine Steuer vorgesehen ist.

Von der Gesamtsumme der Anleihe werden $100,000,000 an Deutschland abgegeben werden und zwar als eine direkte Anleihe, damit dieses Land die einheimische Industrie wieder aufbauen kann und damit eine gute Grundlage für das ökonomische Wachsen dieses Landes geschaffen werden soll. Der Hauptgrund ist aber, Deutschland dazu zu verhelfen, in eine gute wirtschaftliche Lage zu kommen, damit es die zukünftigen Reparationssummen bezahlen kann. Der Rest der Anleihe wird von der internationalen Bank in Basel in der Schweiz verteilt werden, welche als ein Instrument des Youngplans arbeitet. Zur Aufbringung der Anleihe fallen den einzelnen Ländern folgende Teile zu: Deutschland, 36,000,000 Reichsmark; Ver. Staaten, $98,250,000; Belgien, 35,000,000 Belgas; Frankreich, 2,525,000,000 französische Franken; England, 12,000,000 Pfund Sterling; Holland, 73,000,000 Florins; Italien, 110,000,000 Lire; Schweden, 110,000,000 Kronen; Schweiz 92,000,000 Schweizer Franken.

Für den ermordeten deutschen Gesandten. Die Leiche von Dr. v. Baligand, dem deutschen Gesandten, der vor einem Attentäter erschossen wurde, wurde in der deutschen Gesandtenschaft zu Lissabon aufgebahrt. Vier Matrosen unter dem Kommando eines Leutnants vom Kreuzer „Königsberg" bildeten die Ehrenwache. Mitglieder des portugiesischen Kabinetts und des diplomatischen Korps trafen auf der Gesandtschaft zu Lissabon aufgebahrt. Vier um dem Toten den letzten Tribut zu zollen. Alle öffentlichen Gebäude, Gesandtschaften und die in dem Hafen liegenden Kriegsschiffe werden ihre Flaggen auf Halbmast setzen.

Präsident Carmona sandte ein langes Kabelgramm zum Zeichen seiner Teilnahme an Präsident von Hindenburg in Deutschland. Das diplomatische Korps, das sich in der brasilianischen Botschaft versammelte, sandte eine Beileidsbezeugung durch Kanzler Busch an Außenminister Curtius.

Eine Trauerfeier, wie sie seit dem Begräbnis des Königs Carol in Lissabon nicht mehr gesehen worden, wurde dem deutschen Gesandten zuteil. Der Donner der Geschütze übertönte die Klänge von Chopins Trauermarsch, als sich der Zug nach dem Friedhof in Bewegung setzte, wo die Leiche ruhen wird, um dann nach dem Kreuzer „Königsberg" überführt zu werden, der sie nach der Heimat bringen wird.

In dem Trauerzug befanden sich hohe portugiesische Staatsbeamte, Mitglieder des diplomatischen Korps, portugiesische Truppenverbände aller Waffengattungen, wie die Offiziere und Mannschaften des deutschen Geschwaders, das in Lissabon zu Besuch weilte. Ein ergreifender Vorfall ereignete sich auf dem Friedhof, als die Witwe des Gesandten, Tochter des früheren Reichskanzlers Fürsten von Bülow, über dem Sarg zusammenbrach.

Der Gesandte wurde bekanntlich von dem Polen Franz Piechowsky erschossen. Der Mörder erklärte im Polizeiverhör, er habe den Diplomaten gehaßt.

Besteuerung der Ledigen. Deutschlands unverheiratete Männer und Frauen werden eine weitere Steuerlast auf ihre Schultern zu nehmen haben, um die schweren Verpflichtungen des Reiches bestreiten zu helfen, wenn ein Vorschlag des Kabinetts vom Reichstag angenommen wird. Das Kabinett einigte sich auf eine weitere 10prozentige Steuer auf die Einkommen von unverheirateten Männern und Frauen, was mehr als eine Verdoppelung der jetzigen Rate bedeutet. Die Erhöhung, die im Vergleich zu den Einkommensteuern der Amerikaner ohne Frauen und Kinder, überreicht, dürfte jedoch die hohe Rate nicht überschreiten, die die britischen Einkommensteuern schon erreicht haben.

Der Vorschlag ist mit den Notsteuern für Regierungsangestellte und bezahlte Arbeiter in Privatgeschäften verbunden. Es wird erwartet, daß die Erhöhung zu einer erregten Debatte im Reichstag führt, da sie Regierungsangestellte betrifft.

Kroaten protestieren. Eine Kroaten-Delegation, an deren Spitze Dr. Juro Krnjevic steht, hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes einen erläuterten Protest gegen die Diktatur Südslaviens und ein Gesuch um Verleihung der Autonomie an Kroatien eingereicht. In dem Protestschreiben wird geschildert, wie die autokratische Schreckensherrschaft des Königs vom Serbien in Kroatien alle politischen Rechte der Bewohner und auch die Sicherheit von Leben und Eigentum vernichtet hat. Der Völkerbund wird daher im Interesse des Nationalitätenrechtes der Kroaten u. zur Sicherung des Friedens in dem Wetterwinkel Europas angefleht, der Gewaltherrschaft Serbiens über Kroatien ein Ende zu machen.

Rumänische Armee reorganisiert. König Carol II. hat als ersten bedeutenden Schritt in seinem Programm der Stabilisierung der inneren Angelegenheiten Rumäniens die Reorganisation der Armee eingeleitet. Der junge König, der letzte Woche die Welt durch seinen theatralischen Staatsstreich in Erstaunen setzte, hat heute Prinz Nikolaus zum Generalinspektor der Land- und Luftstreitkräfte ernannt. Durch besonderen Erlaß wurden die Generäle Averescu und Prezan zu Feldmarschällen erhoben.

Der König beriet ferner über die Bildung eines neuen Kabinetts. Die Dringlichkeit des letzteren Problems zeigt sich in der großen Sorgfalt, die der König der Frage der Wahl seiner Minister schenkt. Der König macht alle Anstrengungen, eine Regierung zu erlangen, die sowohl im Inlande, wie im Auslande günstig aufgenommen wird und die politische und finanzielle Lage Rumäniens stärken kann.

Russische Bauern gegen die Kollektivs. Kulaks oder „reiche Bauern" haben in Erbitterung über den Sowjet-Plan, die kleinen Anwesen der Bauern der ärmeren und mittleren Klasse zu großen, vom Staate kontrollierten Kollektiv-Farmen umzuwandeln, zwei der größten Regierungsfarmen in der Gegend von Gomel (Ukraine) in Brand gesetzt. Das Feuer vernichtete zahlreiche Schuppen mit landwirtschaftlichen Maschinen, sodaß die Farm ohne Geräte ist. Die Mitglieder der Genossenschaftsfarmen appellieren an die Regierung, die Kulaks zu bestrafen. Die „reichen Bauern" führen seit langer Zeit einen Kampf gegen den erklärten Willen der Sowjetregierung, ihre Existenz unmöglich zu machen.

Wirtschaftliche „Gegenrevolution". Wegen wirtschaftlicher Gegenrevolutionsbestrebungen wurden in Charkow (Rußland) im Obergericht 20 Angeklagte, größtenteils Regierungsbeamte, zu ein bis zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Sie waren beschuldigt, die Kulaks oder Großbauern und ihren Kriegszug zur Schwächung der kollektivlandwirtschaftlichen Bewegung und Aufwürdung von Steuerlasten auf die Schultern armer Bauern benutzt zu haben. Die Angeklagten gaben vor Gericht zu, daß sie keine Vertrauen zu der Kollektivwirtschaftung ernstlicher Bauernmänner hätten und das Heil der russischen Landwirtschaft in der Wiederherstellung von Großgrundbesitz erblickten. Aber sie sahen ein, daß sie gegen die Diktatur des Proletariats nicht aufkommen könnten. Sie bekannten sich daher schuldig und flehten ihre Richter an, daß sie ihnen Gelegenheit geben möchten, durch ehrliche Arbeit Buße zu tun.

Türkisch-griechische Freundschaft. Ein Freundschaftsvertrag zwischen der Türkei und Griechenland ist unterzeichnet worden. Der türkische Außenminister Dr. Tewfik Rüschdi Bey und der griechische Gesandte in Angora Polendroniades drückten sich nach Unterzeichnung des Dokumentes die Hände und plauderten über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Das langerwartete Abkommen wird als Vorläufer anderer türkisch-griechischer Verträge betrachtet, in deren Interesse Premier Venizelos im Oktober Angora besuchen wird. Seine Reise wird ihn durch die Ebene von Anatolien führen, in der vor acht Jahren die griechischen und türkischen Truppen im Kampfe standen.

Die türkische Presse betont, daß der Abschluß des Freundschaftsabkommens den politischen Horizont der Türkei lichter erscheinen läßt. Der Vertrag wird besonders von den 20,000 in Istanbul lebenden Griechen begrüßt, die unter ihm als ansässige Bewohner anerkannt werden. Während der letzten sieben Jahre, in denen die Türkei mit Griechenland zu keiner Einigung kommen konnte, waren diese Griechen offiziell Menschen ohne Staatsangehörigkeit, da sie keine Pässe oder offizielle Dokumente erhalten konnten.

Deportierte aus U. S. A. Die Zahl der Einwanderer, die aus den Vereinigten Staaten abgeschoben zu werden, hat einen neuen Rekord erreicht. Das Arbeitsministerium in Washington verkündet, daß [illegible] April in dieser Hinsicht alle Rekorde gebrochen worden. Nicht weniger als 1950 Ausländer wurden in diesem Monat nach ihrer Heimat deportiert, womit der bisherige Rekord von 1600 Deportierungen in einem Monat um 250 Personen übertroffen wird. Als Gründe für diese Deportierungen werden angegeben: Aufenthalt ohne Erlaubnis, gefährlicher Aufenthalt, Verbrechen, Unzucht und Krankheit. An der Spitze der Deportierten stehen Mexikaner, Canadier, Engländer, Deutsche, Italiener, Polen und Spanier.

Schwere Rebellenverluste. Eine offizielle Erklärung der chinesischen Regierung besagt, daß die Rebellen bei der [illegible] Schlacht bei Tsinan sehr schwere Verluste erlitten. Sie verloren 20,000 Tote, 10,000 Gefangene und 15,000 Ueberläufer.

Inzwischen hat die nationalistische Regierung sieben Kanonenboote bei Jutschow konzentriert, um den Vorstand einer südlichen Armee gegen die Rebellen der Provinz Wanangsi zu verstärken, die mit 80,000 Mann von Tschangscha gegen die Nationalisten vorrücken.

Eine offizielle Meldung von Tsinan, aus dessen unmittelbarer Nähe vor einigen Tagen schwere Kämpfe mit den nördlichen Rebellen gemeldet wurde, besagte, daß die Stadt ruhig wäre. Es wurde hinzugefügt, daß die Regierungstruppen ihre Luftangriffe gegen die Rebellen besonders in der Gegend von Schansi und an der Grenze der Provinzen Schantung und Tschili fortsetzen.

Die Regierung verständigte die ausländischen diplomatischen Vertreter, daß sie jede Verantwortung für das Leben und Eigentum der verschiedenen Ausländer für die Dauer der Kämpfe gegen die Rebellen an den verschiedenen Fronten auf sich nehme.

Neue Lohn- und Preispolitik in Deutschland

Die Besserung durch eine Verständigung von Kapital und Arbeit einen neuen Aufschwung der deutschen Wirtschaft in die Wege zu leiten, gewinnt mit jedem Tag an Ausdehnung. Der Grundgedanke des Planes ist der, mit den erforderlichen vorläufigen Verzichten der Industrie durch eine Herabsetzung der Preise möglichst entsprechend bei gleichzeitiger leichter Herabsetzung der Arbeitslöhne.

Die erste Frucht dieser Bewegung ist in einer Bestätigung der Herabsetzung der Arbeitslöhne in der mitteldeutschen Gruppe der Schwerindustrie durch den Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald zu finden. Die Kapitalisten hatten die Lohnherabsetzung bereits vor einiger Zeit bekannt gegeben, doch hatten sich die Gewerkschaften dagegen gestraubt. Der Lohnstreit ging in der üblichen Weise dem Reichsarbeitsminister als letzte Instanz zu, der die Lohnherabsetzung annehmbar beurteilte und für beide Teile bindend erklärt hat.

Wie Stegerwald bekannt gab, wird sich die Lohnherabsetzung auf etwa 7½ Prozent für alle Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie in Mitteldeutschland stellen. Die Großindustriellen haben sich ihrerseits verpflichtet, eine Reduktion der Fertigwaren eintreten zu lassen. Die Tonne Stahl wird sich unter dieser Vereinbarung etwa 2 bis 4 Mark niedriger stellen als bisher.

Man verspricht sich von diesem Schritt eine Belebung der Schwerindustrie im Inlands- wie auch im Auslandshandel, da mit derselben der Preisen Weltmarkt-Notierungen näher gebracht und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie dadurch erhöht wird.

Wie in Erwägung gezogen wird, ist beabsichtigt, die Braunkohlen-Industrie in diese Abmachung einzubeziehen und auch hier ohne Verzug eine Senkung der Gestehungspreise bei gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeitslöhne eintreten zu lassen.

Canadischer Wahlkampf

(Fortsetzung von Seite 1)

Regina im Unterhaus zu Ottawa vertrat, einen glänzenden Empfang zu bereiten. Einstimmig wurde Dunning unter dem lebhaften Beifall seiner Parteifreunde zum liberalen Kandidaten für die bevorstehende Wahl nominiert.

In einer sachlich gehaltenen, staatsmännischen Rede schilderte Dunning den Bau der Hudson Bay-Bahn, wofür ihm besondere Anerkennung gebührt. Ferner behandelte er im Zusammenhang mit dem Budget die canadische Zoll- und Handelspolitik. Ausgehend von der Krise in der gesamten Weltwirtschaft legte er dar, daß in Westcanada die Arbeitsmarktlage in weitgehendem Maße von den Einkommen der Farmer abhängt. Er wies hin auf die ungeheure Arbeitslosigkeit in Großbritannien und in den Ver. Staaten. In letzterem Lande soll nach einer amtlichen Schätzung die Zahl der Erwerbslosen 3,500,000 betragen, wahrscheinlich ist sie noch höher. Canada habe die große und schwierige Aufgabe die Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten von seinem Gebiet fernzuhalten. Als ein großes nationales Problem bezeichnete Dunning die Frage, den Weizen Westcanadas zu verkaufen. Bei den Absatzschwierigkeiten sei Canada nicht besonders benachteiligt worden. Bennett habe versprochen, den Handelsvertrag mit Deutschland zu zerreißen.

Zu Wirklichkeit besteht gar kein Handelsvertrag zwischen Canada und Deutschland.

Dunning erklärte, er würde gerne einen Handelsvertrag mit Deutschland und mit jedem anderen Lande abschließen, wenn dadurch nur die Möglichkeit geboten würde, das zu verkaufen, was Canada zu verkaufen hat (Lebhafter Beifall). Ein großer und freier Markt für den canadischen Weizen sei Großbritannien, das keinen Zoll auf Lebensmittel lege und bisher zweimal soviel von Canada bereits gekauft habe als Canada von Großbritannien. Das Budget mit der Vorzugsbehandlung (Präferenz) für Großbritannien soll nach Dunnings Absicht den Verkauf des westcanadischen Weizens erleichtern und Großbritannien dazu ermuntern, noch mehr zu kaufen.

Amerikanische Kunstausstellung in München

München. — Unter Teilnahme hervorragender Persönlichkeiten ist hier eine Ausstellung amerikanischer Gemälde und architektonischer Modelle eröffnet worden. Die Ausstellung verdankt ihre Entstehung der Initiative des schwedischen Kronprinzen Gustav Adolf und umfaßt 141 Bilder und 56 Modelle der Werke führender amerikanischer Architekten seit dem Jahre 1730. Sie wurde von George Eggers von Worcester, Mass., unter Leitung der Amerikanisch-Skandinavischen Gesellschaft zusammengestellt und war vorher in Stockholm und Kopenhagen gezeigt worden.

In den Reden zur Eröffnung der Ausstellung wurden die freundschaftlichen Gefühle betont, die zwischen Amerikanern und Bayern bestehen.

Vertrauen auf deutschen Wiederaufbau

München. — Adolf S. Ochs, der amerikanische Verleger, besuchte das berühmte Deutsche Museum und dessen Gründer Oskar von Miller. Der Besucher gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschland auf dem Wege der wirtschaftlichen Wiederherstellung sei und zur Bezahlung seiner Schulden befähigt würde, weil es für Kommerzialisierung neuer Erfindungen in der besten Lage sei. Die Gläubiger-Nationen sollten daher in ihrem eigenen Interesse Deutschland eine hilfreiche Hand reichen.

Bei Ihren Einkäufen sagen Sie bitte dem Verkäufer, daß Sie die Anzeige im „Courier" gelesen haben.

MACDONALD'S
Fine Cut
Der feinste Tabak für diejenigen, die ihre Zigaretten selbst drehen.

15¢
Mit jedem Päckchen Tabak
ZIG-ZAG
Zigarettenpapier frei.
Sammeln Sie die Kartenbildchen
279

Die aelteste Schiffslinie nach Kanada
1840-1930
Jetzt ist die richtige Zeit, Vorkehrungen zu treffen, um Ihre Verwandten nach Kanada zu bringen.
Die Cunard Dampfer verdanken ihren Ruhm der ausgezeichneten Küche, Bedienung, ihrer Schnelligkeit und den billigsten Raten.
Wir haben Büros in allen europaischen Laendern, die Ihren Familien und Freunden jede Hilfe angedeihen lassen. Wir uebersenden Geld fuer Sie nach Europa zu den niedrigsten Raten.
Wenn Sie die alte Heimat besuchen wollen, so besorgen Sie einen Pass und eine Wiedereinreisebescheinigung. Wir helfen Ihnen, dieselben zu erlangen.
Schreiben Sie uns in Ihrer Muttersprache um freie Auskunft und Unterstützung beim Auskuellen aller notwendigen Dokumente.

270 Main St. Winnipeg
100 Pinder Block Saskatoon
601 Lancaster Bldg. Calgary
10005 Jasper Ave. Edmonton
622 W. Hastings St. Vancouver
36 Wellington St. West Toronto
727 St. Sacrament Street Montreal
CUNARD
Canadian Service